PB.L-01-753-3

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Thorben Thieme (KV Neuwied)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 752 bis 757:
Arbeit und verpflichtende Haltungskennzeichnungen auf den Produkten für alle Tierarten unterstützen. Eine bio-vegane Landwirtschaft soll attraktiver werden und aus Tier- und Klimaschutzgründen die verminderte Mehrwertsteuer von 7% zukünftig nur noch für pflanzenbasierte Alternativen gelten. Die Tierhaltung soll an die Fläche – nicht mehr als zwei Großvieheinheiten pro Hektar – und Obergrenzen pro Stall gebunden werden. Den Umbau in tiergerechte und brandschutzsichere Ställe werden wir durch einen ~~Tierschutz-Cent~~Tierschutzbeitrag auf tierische Produkte ebenso gezielt fördern wie die Weidetierhaltung, die ökologisch wertvolles Grünland erhält und sinnvoll nutzt sowie auch ohne Schlachtung der Tiere rentabel werden soll. Qualzucht, Amputationen, Eingriffe ohne Betäubung und Anbindehaltung wollen wir beenden, den Einsatz

Begründung

Im vom Sprecher der BAG Tierschutz, Philipp Bruck, im November 2019 gestellten Antrag „Klimaziele ernst nehmen, Agrarwende ermöglichen: mehr Pflanzen auf die Teller!" (https://antraege.gruene.de/44bdk/Klimaziele_ernst_nehmen_Agrarwende_ermoeglichen_mehr_Pflanzen_auf_die-50071), heißt es, dass zur grünen Klima-, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik die „Förderung bio-veganer Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt“, gehört. Da der Antrag bei nur einer Gegenstimme von der BDK aufgrund der zahlreichen Vorteile der veganen Ernährung, besonders der ökologischen, angenommen wurde, sollte sich die Forderung auch im Bundestagswahlprogramm widerspiegeln.

Ebenso wurde mit dem Antrag beschlossen, „pflanzliche Produkte gegenüber Tierprodukten steuerlich mindestens gleichzustellen“. In einem ersten Schritt müssen pflanzliche Produkte daher ebenso wie tierische „Grundnahrungsmittel“ mit 7% MwSt. bepreist werden, doch zukünftig kann eine zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels von Paris unabdingbare Förderung des Veganismus nur durch steuerliche Vorteile gelingen. Dazu zählt auch, dass tierische Produkte entsprechend höher als pflanzliche Lebensmittel besteuert und somit gewürdigt werden, was nur durch einen Tierschutz**beitrag** erreichbar ist, der wirksamer als ein Tierschutz**cent** ist. Dieser sollte nicht nur zu tiergerechteren, sondern auch zu brandschutzsicheren Ställen führen, in denen keine Tiere mehr qualvoll durch Feuer ums Leben kommen.

Auch aus Tierschutzgründen muss die Nachfrage an tierischen Produkten deutlich sinken. Es darf nicht mehr aus wirtschaftlichen Gründen zwingend sein, Landwirtschaft nahezu immer mit Tierschlachtung zu verbinden, sondern Weidehaltung kann und muss auch ohne Tötung von Tieren rentabel gemacht werden. Dies sollte ebenfalls ins Wahlprogramm aufgenommen werden.

weitere Antragsteller*innen

Susanne Pithan (KV Kaiserslautern); Julia Jawhari (KV Speyer); Gudrun Weber (KV Speyer); Peter Buchholz (KV Neuwied); Marie Möller (KV Erfurt); Andreas Saakel (KV Lahn-Dill); Michael Spandern (KV Kiel); Holger Wolf (KV Neuwied); Kerstin Bommersbach (KV Landau); Melvin Lasse Geib Caballero (KV Landau); Jana Dreyer (KV Speyer); Ann-Kathrin Schrepfer (KV Neuwied); Sonja Daniels (KV Neuwied); Bodo Daniels (KV Neuwied); Daniela Wolter (KV Ahrweiler); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Wolfgang Kübler (KV Landau); Kim Neumann (KV Landau); Timo Klöpper (KV Peine); Dirk Kratz (KV Landau); Karin Saakel (KV Lahn-Dill); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Susanne Haller (KV Neuwied); Lea Sophie Neumann (KV Neuwied); Holger Zeise (KV Neuwied); Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Sandra Wolf (KV Neuwied); Inge Rockenfeller (KV Neuwied); Marie-Luise Thierauf (KV Berchtesgadener Land)